

# Perpins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

Nr. 18

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,  
Claus-Broth-Straße 1, Fernnr. 5. 8146.

hamburg, den 5. Mai 1917

Anzeigen kosten die für gesetzte Höhe  
parallelzelle oder deren doppelte 50 Pfpg. (Der  
Betrag ist stets vorher abzappenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfpg. die Zelle.

31. Jahrg.

## Die Frühjahrszeit muß zur Werbung neuer Mitglieder gut ausgenutzt werden! Darum auf zur Agitation, Kollegen, in allen Filialen und Zahlstellen!

### Die Wohnungsfrage nach dem Kriege.

II

Erfreulicherweise wächst die Einsicht in die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Volkswirtschaft in allen Kreisen. Als Beweis hierfür mag der „Gesekentwurf für Verbesserung der Wohnungswirtschaft“ dienen, den die preußische Regierung, die bislang nicht gerade im Rufe des sozialpolitischen Fortschritts stand, neuerdings dem Landtag zur Beratung und Annahme vorgelegt hat. In der Begründung heißt es, daß die Regelung der brennenden Wohnungsfrage nunmehr maßgeblich geworden sei; nach den schweren Verlusten, die der Krieg unserm Volk gebracht habe, halte die Regierung die Herstellung von Kleinwohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen Personenkreis für eine wichtige Aufgabe. Es genüge nicht, einzelnen Baugenossenschaften Staatsdarlehen zu geben, es sei vielmehr erforderlich, den Staat unmittelbar bei der Begründung von sozialen Genossenschaften mit Geldmitteln zu beteiligen. Auf diese Weise würden kapitalistische Bauvereinigungen entstehen, die infolge starker eigener Mittel-Leistungsfähiger seien als solche ohne genügendes Eigenkapital. Es könne auch erwartet werden, daß sich der Staat mit Gemeinden und Kommunalverbänden zu Bauvereinigungen zusammenschließe zur Förderung des Kleinwohnungswesens. Zur Erreichung dieses Zwecks soll der Regierung eine Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, mit der sie sich an den Baugenossenschaften beteiligen kann. Außerdem wird in dem Gesekentwurf eine Summe von jährlich 10 Millionen Mark auf 10 Jahre, also insgesamt 100 Millionen Mark erfordert, wofür der preußische Staat die Bürgschaft für private Hypotheken übernehmen will, die den Baugenossenschaften von anderer Seite gegeben werden. Alles in allem kommt beweist der Staat dadurch, daß er die unmittelbare Förderung des Kleinwohnungswesens als eine wichtige Zukunftsfrage betrachtet. Hierzu kommt dann noch die zeitgemäße Reform der Bebauungspläne und Bauordnungen, die Rücksicht nimmt auf eine wirtschaftlich und gesundheitlich richtige Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Unterschichten und die die lokale Bauaufsicht fördern soll. Endlich soll noch Fürsorge getroffen werden für eine sachgemäße Wohnungsauflösung, die durch neu zu schaffende Wohnungsräume erzielt werden soll. Diese Aufsicht soll sich auf die Errichtung und Instandhaltung der Wohnungen, auf ihre soziale Beschaffenheit usw. erstrecken.

Die Vertreterkonferenz der Baugenossenschaftsverbände, die vor kurzem getagt hat, hat ihre rückhaltlose Zustimmung zu den Absichten der preußischen Regierung erläutert, hält aber statt der Eigentumsübernahme eine stärkere Bereitstellung barer Geldmittel für wünschenswert. Auch war sie der Meinung, daß in dem Gesek die Überlegenheit der Genossenschaften über andere Bauvereinigungen zum Ausdruck gebracht werden müsse, da die genossenschaftliche Organisationen, die auf dem Grundsatz der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung beruhe, in sozialer und fittlicher Beziehung soziale Vorzüge aufweisen gegenüber andern Organisationen und auch größere Erfolge erzielt habe als jene. Odann wird noch der Gedanke angeregt, ob es nicht auch die Aufgabe des Staates sei, durch eine gesunde Bodenpolitik die Beschaffung des notwendigen Baulandes zu errichten. Auch der Preußische Städteetag und der Deutsche Verein für Wohnungsreform haben fundiertisch die Bestimmungen des Gesekentwurfs ge-

billigt, wenn sie auch darin auseinandergehen, daß ersterer einer Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung widerstrebt, während letzterer den Organen des Staates am liebsten noch ein weitergehendes Mitbestimmungs- und Aufsichtsrecht einzuräumen möchte.

Im unerfreulichen Gegensatz zu den Anhängern einer vernünftigen Wohnungspolitik macht sich auch ein starker Widerspruch bemerkbar. Zunächst erschien der Schubverband für deutsche Grundbesitz, die Interessenvertretung der Grundstücksinhaber und Hausgratier, auf dem Platze und verdonnerte den Gesekentwurf in Grund und Boden. Er leugnete rundweg, daß eine Wohnungsnot besteht und nach dem Kriege bestehen werde, und vor allen Dingen bestritt er dem Staat das Recht, die gemeinnützige Bautätigkeit durch Bereitstellung von Geldmitteln und durch Übernahme von Bürgschaften zu unterstützen. Es werden hier die alten, schon hundertmal widerlegten Scheingründe vorgebracht, denen man eine überdiente Ehre antie, wenn man ernstlich auf sie einginge. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Bauwesen wendet sich gegen den Gesekentwurf, denn er zum Vorwurf macht, daß er ein weit über das Ziel hinausreichendes staatliches Eingreifen erstrebe. Den politischen Organen werde der Weg zu den innersten Familienvorhältnissen geöffnet, und die in Aussicht genommene behördliche Überwachung des Bau- und Wohnungswesens sei dazu angestan, den Geldeuten die Herstellung von Kleinwohnungen zu verleidern, weil letztere dadurch zu teuer würden und keine Gewinne mehr brächten. Das besagt also, daß das Geldbeutelinteresse der Kapitalisten über das Allgemeinwohl gesetzt wird. Instinktiv erbliden die Herren vom Bau in der staatlichen Förderung des Kleinwohnungswesens eine unlösliche Beaufsichtigung und eine unerwünschte Konkurrenz. Als dritter Gegner der Wohnungsreform macht sich dann noch, wie nicht anders zu erwarten, das bekannte Scharmacher zu bemerkbar. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ reitet eine schneidige Attacke gegen den Wohnungssozialismus, der wieder einen weiteren Schritt zum sozialistischen Zukunftstaat bedeute und als ein gefährliches staatssozialistisches Experiment bezeichnet werden müsse. Es hat keinen Wert, auf eine Widerlegung dieser „alten Kamellen“ einzugehen, denn dazu ist der Raum dieser Zeitung zu schade.

Wie bei jedem Versuche, dem ausbeuterischen Kapitalismus die Krallen zu beschneiden und die Volkswirtschaft zu fördern, zeigt sich auch auf dem Gebiete der Wohnungsreform ganz deutlich eine Scheidung der Geister. Die Geldbeutelinteresse, hic Allgemeininteresse lautet die Parole. Und da muß sich denn erweisen, welche Kräfte in unserem deutschen Vaterlande die stärksten sind. Verhängnisvoll wäre es, wenn der Geist der Selbstsucht den Sieg davontragen sollte über den Geist des Solidarismus.

### Aus dem Jahresbericht der Generalkommission für das Jahr 1916.

Der Bericht weist einleitend darauf hin, daß eine die gesamte Tätigkeit der Generalkommission schildernde Darstellung erst noch Kriegsschluss gegeben werden könne. Die Zahl der Verhandlungen mit den verschiedenartigsten amtlichen Stellen in Reich, Staat und Gemeinden und mit zahlreichen privaten Organisationen über die im Interesse der Arbeiterschaft zu treffenden Kriegsmahnahmen sei mit der längeren Dauer des Krieges erheblich gewachsen. Es sei zweckmäßig, diese Maßnahmen später im Zusammenhang zu schildern, wenngleich sich der Plan, alle Protokolle über die Verhandlungen und die Eingaben im Vorlauf wiederzuführen, sich nicht verwirklichen lasse. Ein solcher

Bericht werde für die weitere Gestaltung des Arbeitersrechts in Deutschland und für das Verhältnis der organisierten Arbeiterschaft zum Staat für die spätere Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Jemand könnte annehmen, daß für den Krieg auch nach dreijähriger Dauer noch kein Abschluß in Aussicht stehe würde. Gegenwärtig erscheine durch den zu befürchtenden Eintritt weiterer Staaten in den Krieg die Aussicht auf baldige Beendigung gering, wenn auch die Hoffnung besteht, daß die Verstärkung der Kriegsmotivationen und die wirtschaftliche Notlage einige Entente-Länder dem Frieden geneigter machen könnte.

Die Arbeiterklasse Deutschlands hat schweres während der Kriegszeit und besonders in den letzten Wochen ertragen. Die Not zu hindern, war Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen. Es darf gesagt werden, daß sie auf das äußerste bemüht waren, diese Pflicht zu erfüllen. Mög' auch der unmöglichste Erfolg gering erscheinen, so ist doch die Frage berechtigt, was geschehen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht so gehandelt hätten. Wäre ihren Anforderungen stets rechtzeitig Folge gegeben, so hätte die Lage weiter Bevölkerungskreise nicht den gegenwärtigen Umfang annehmen können. Auf fortgeleitete Dränger der Organisationen sind viele ihrer Vorschläge zur Durchführung gelangt, aber stets zu spät. Trotzdem durfte aus diesem Grunde die bisherige Arbeit nicht aufgegeben oder vermindert werden, nicht weil durch sie den verantwortlichen Stellen eine Erleichterung geschaffen werden soll, sondern weil sie im Interesse der Arbeiter geboten ist.

Die Generalkommission war bemüht, bei dieser ihrer Tätigkeit möglichst viele Kreise der organisierten Arbeiter und Angestellten zur Mitarbeit heranzuziehen. Im Berichtsjahr sind zahlreiche Eingaben von den Zentralstellen aller Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen gemeinsam gemacht worden, und es haben auch gemeinsame Konferenzen auf Einladung sämtlicher Zentralstellen stattgefunden, so die Konferenz zur Beratung der Kriegsschädigtenfürsorge am 23. August 1916 in Köln und die zur Beratung des Hilfsdienstes am 12. Dezember 1916 in Berlin. Die Vertreter der Zentralstellen sind oft zur Beratung von Eingaben und gemeinsam zu treffenden Maßnahmen zusammengetreten. Bei einer dieser Besprechungen wurde eine gemeinsame Kundgebung gegen die Zurückweisung der deutscherseits gebotenen Hand zum Frieden angeregt. Nachdem alle sonstigen wirtschaftlichen Organisationen ihre Meinung dazu öffentlich kundgetan hatten, konnte auch die Arbeiterschaft nicht dazu schweigen, wenn nicht im Ausland der Eindruck der Uneinigkeit des deutschen Volkes entsteht und daraus die Neigung zur Verlängerung des Krieges gestärkt werden sollte. Die Generalkommission konnte um so eher der Anregung beitreten, als sich ihr dadurch wiederum Gelegenheit bot, öffentlich auf die notwendige Abstellung der Mängel in der Nahrungsmittelversorgung hinzuweisen.

Die Vereinsgesetzone ist am 5. Juni 1916 vom Reichstag verabschiedet und Gesetz geworden. Neben dem Wert und die Bedeutung des Gesetzes wurde in einer in Gewerkschaftskreisen verbreiteten Broschüre berichtet. Es zeigt sich schon jetzt, daß für die Gewerkschaften mit diesem Gesetz eine Erleichterung ihrer Tätigkeit herbeigeführt werden ist. Das wird noch deutlicher zutage treten, wenn nach Kriegsschluss die Gewerkschaften ihre Arbeit für die Erhöhung der Lebenshaltung und die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse in der gleichen Art fortführen werden wie vor dem Kriegsbeginn. Doch nach der Annahme dieses Gesetzes nicht die sonst noch erforderlichen Änderungen des Reichsvereinsgesetzes preisgegeben sind, ist zur Genüge festgestellt worden.

Auch das Hilfsdienstgesetz ist in einer besonderen Broschüre behandelt worden. Das Gesetz entspricht nicht den Wünschen der Gewerkschaften; es hat jedoch schließlich eine Fassung erhalten, die es auch den Gewerkschaftsvertretern, die als Reichstagsabgeordnete ihre Stimme abzugeben hatten, ermöglichte, für das Gesetz zu stimmen. Bei der Durchführung des Gesetzes dom es in erster Linie darauf an, die Ausschüsse, die über Arbeiterfragen zu entscheiden haben, mit Vertretern aus den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden zu besetzen. Die Vorschläge sind von den genannten Vertretungen dem Kriegsamt gemeinsam gemacht worden. Von Unternehmern und gelben Werkvereinen ist mit allen Mitteln verucht worden, Mu-

glieder der letzteren in den Ausschüssen zu erhalten. Dem ist von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden Widerstand geleistet worden. Der Bericht verneint auf den Beschluss der Cölnner Konferenz aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, durch den ein Zusammenschluß mit den Sozialen abgelehnt wird, nach welchem auch in den Verhandlungen mit dem Reichstag und im Reichstagssitzung für das Hilfsdienstgesetz gehandelt wurde.

Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag ist aus Drängen der Arbeitervertreter ein Entschluß des Kriegsministeriums bekanntgegeben, der eine Sicherung der Metzger anstrebt vor Unternehmern willkür herbeiführen sollte. Ein neuer Entschluß vom 2. Februar 1917 schraubt diese Sicherung besonders für die Arbeiter und Angestellten in den Marinebetrieben und den für die Seefliegabwehr tätigen Privatbetrieben wesentlich ein. Gegen diesen Entschluß ist von den Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände in einer eingehend begründeten Eingabe an das Kriegsamt Einspruch erhoben worden.

Am 2. Februar 1917 sind die Verhandlungen bezüglich der Sicherung des gewerkschaftlichen Vereinigungsbunds der Eisenbahner näher geäusserlich worden. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der auf Beschluss der beteiligten Organisationen ins Leben gerufen wurde, begann seine Tätigkeit am 1. Juli 1916. Auf eine Anfrage an den Reichskanzler, ob der Verband angehindert Mitglieder im Betrieb der Staatsbahnen würde werben können, wurde mitgeteilt, daß der preußische Eisenbahnmüller noch wie vor daraus bestreite, daß der statutarische Streitvertrag vorüber ausgebrochen werden müsse. Nach erneuten Verhandlungen kam eine Vereinbarung zustande, von der beide Seiten annahmen, daß sie ihren Standpunkt haben. Der Bericht gibt ein Schreiben des Reichskanzlers wieder, aus dem die Vereinbarung ersichtlich ist.

Die Arbeiten der Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrichts nach dem Krieg haben ihren Fortgang genommen. Die erste dieser Arbeiten, „Koalitionsrecht und Strafrecht“, ist von der Gesellschaft für soziale Reform herausgegeben und von den Gewerkschaften zum Kauf empfohlen. Die nächste Schrift, die in kürzerer Zeit fertiggestellt sein wird, behandelt das Koalitionsrecht und Polizeirecht sowie die Bobotterfrage und damit im Zusammenhang stehende Fragen. Wenn auch anzuzeigen aus naheliegenden Gründen in Gewerkschaftsschriften wenig Neigung zum Erwerb solcher Schriften vorhanden ist, so wird dieser für die Gewerkschaftsleitung doch notwendig sein. Die Schriften liefern das Material für die Agitation, die nach Kriegsbeginn für die Ausgestaltung des Arbeiterrichts einzusehen ist.

(Schluß folgt.)

## Gegen wilde Streiks zu politischen Zwecken.

Am Tage der Verkürzung der Rationierung war es bekanntlich in Berlin und einigen anderen Orten zu grösseren Arbeitsunterbrechungen gekommen. Hierbei haben leider unverantwortliche Personen, Spartakisten und ihnen nahestehende, die Gelegenheit zu politischen Demonstrationen ausgenutzt, die, wenn sie sich unter den gegebenen Verhältnissen wiederholen würden, nicht nur die von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteileitung durchgespielte Wilderung der bestehenden Zustände, die in Ausicht gestellten Fortschritte, vor allem aber unsere unter dem schweren Krieg der in der Uebermacht austüpfenden Feinde stehenden Brüder an der Front schwer gefährden würden. Das ist unmoralisch, aber ist, daß durch solche nutzlosen Aktionen die unangesehene Friedensbewährung unserer Organisationen und der deutschen Regierung verletzt werden und der entsetzliche Krieg künftlich in die Länge gezogen wird.

Dortum warnen wir unsere Kollegen eindringlich vor der Beteiligung an solchen Arbeitsunterbrechungen, die selbstverständlich von unsrer Organisation in keiner Weise unterstützt werden; nur für von uns vorbereitete und geleitete Aktionen übernehmen wir die Verantwortung.

Aus Anlaß der erwähnten Arbeitsunterbrechungen sind mehrere bedeutende Kundgebungen erschienen. Am letzten „Vereinsanzeiger“ drückten wir bereits ein Schreiben H. H. E. und des Chefs des Kriegsamts, des Generalstaatssekretärs Kroneck ab, die der Generalkommission unsrer Gewerkschaften übermittelt worden waren. Darauf hat nun diese gemeinsam mit den Zentralleitungen der übrigen Gewerkschaftsgruppen an Generalkommandant Gröner ein Schreiben folgenden Wortlauts gerichtet:

„Wir danken Ihnen für die Übermittlung des Schreibens des Chefs des Generalstabschefs von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erzielen wir uns völlig einverstanden. Arbeitsunterbrechungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reise Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns einen baldigen Frieden bringen kann. So diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Kriegsgefühl mit unsrer in den Fronten ihr Leben einkämpfenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerkraft von Handlungen fernhalten, die gescheitert sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.“

Seit Februar 1917 haben England und Frankreich unterstellt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Mengen von Geschützen und Munition an den französischen Fronten aufgebaut. Das Ungewöhnliche, dass hierzu nichts auszumachen vermag, ist über unsere zwei Fronten vollkommen bereitgebracht. Nur ein besitzer, bewaffneter Mensch kann dazu raten, diesen die erstaunlichen Verteidigungsmittel zu versiegeln.

Diese Auffassung beherrschte nach unserer innersten Erzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Gewerkschaften bereichert werden. Unseren wird alles zugeschrieben, sie nicht mit zu erhalten, sondern zu räumen und zu vertreten.“

Den unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit dem bestenszielten Erfolg, verübt worden, die Arbeitnehmer aus der Kassen- und Munitionarbeiter vollkommen weiter zu vertreten. Der Kursus nach baldiger

Beendigung des blutigen Kriegsringens ist, ebenso wie in anderen Kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß; er ist menschlich verständlich und verständlich. Das Verbrechen, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige wenige auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die vollarbeitenden Arbeitsinstellungen in dem eingetretenen Umfang nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Wissensbildung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentliche Ursache, die die Wissensbildung für die Arbeitsunterbrechungen schafft, ist in den ungerechten Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erbliden. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu rechter Ernährung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schiefert herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitsunterbrechungen gegeben. Deshalb erwartet wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtslosigkeit und dem darin zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl einzukommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Ungzureichende Entlohnung, die Verigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Särgen bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfach Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerkraft zu bestehenden Rechte einzuschränken oder zu beschränken, sind geeignet, eine grosse Wissensbildung und starken Konfliktsstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigesetzt, die schon in Friedenszeiten zu grosser Unzufriedenheit und zu schweren Kämpfen führten, und die auch jetzt unangesehene Meinungen hervorrufen. Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollten sich Städte- und Heeresleitung nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Kante beständigten, die durch willkürliche Verhinderung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der andern Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

## Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisernen Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Bernhard Boden, Konrad Esser und Robert Kuhlmann, Mitglieder der Filiale Cöln; Franz Haal, Heinrich Heil und Wilhelm Weidenbock, Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M.; Johann Hasslauer, Mitglied der Filiale Hamburg. Zum Vizefeldwebel wurde der Kollege Emil Gantert von der Filiale Worms befördert.

## Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

**Cöln.** In der am 24. April stattgefundenen gut besuchten Versammlung wurde der Geschäftsbericht vom ersten Quartal 1917 erstattet und Stellung zu der bewilligten Teuerungsabgabe genommen. Aus dem Bericht war ersichtlich, daß die Filiale eine gute Entwicklung im letzten Quartal durchgemacht hat. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 104, was zu guten Hoffnungen berechtigt, da auch das zweite Quartal bereits eine Anzahl von Neuaufnahmen gebracht hat. Genau so erfreulich wie die Mitgliedszunahme ist auch die erfolgreiche Tätigkeit in bezug auf Verbesserung der Lohnverhältnisse. In der Carbonatfabrik Schlebusch erzielten unsere Kollegen eine fünfundzwanzigprozentige Lohn erhöhung, wonach die Stundenlöhne auf 90 bis 100 Pf. gestiegen sind. Außerdem wurde für Überstunden 25 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Pf. Zuschlag bewilligt, was man früher in der Fabrik nicht kannte. In der Thiamitfabrik Wahn kommt der Stundenlohn von 67 Pf. auf 1.05 erhöht werden. Den heutigen Verhältnissen angepaßte Löhne waren bisher nur möglich, wenn viele Überstunden gemacht wurden. Durch diese Vereinbarung in die durchdringliche Arbeitszeit pro Tag um zwei Stunden verkürzt und wöchentlich 8 bis 10 Mehrverdienst erzielt. Ferner wird den in Cöln und anderen Orten wohnenden Kollegen das Fahrgeld ersetzt, was früher jeder selbst zu tragen hatte. Das fällt besonders ins Gewicht, da die Täglichkeit in der Umgebung eine regelrechte. Trotz der hohen Teuerung konnten sich die grösseren Firmen aber nicht bequemen, die tariflichen Bedingungen, Zahlung der täglichen Zulage und Fahrzeit, zu erfüllen. Folgedessen mußte die Schlafzimmerscommission des Hilfsdienstes in Aufdruck genommen werden. Diese stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß Verträge auch während des Krieges zu halten sind, und erbaute den Herrn, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Durch dieses Urteil wurde für eine erhebliche Zahl Gehilfen das wöchentliche Einkommen um 4.80 erhöht. Einige Firmen, welche angeblich in diesen Orten ein Zweigbüro betrieben und demzufolge von der Zahlung des Fahrgeldes, der Fahrzeit und der Zulage aufzuhören wünschen, müssen sich

den Löhnen der übrigen Gehilfen anschließen, wenn sie Arbeitskräfte erhalten wollen. Es stieg deshalb der wöchentliche Mehrverdienst um 12 bis 15, der in den meisten Fällen von den Fabriken getragen wird. Nicht so schnell wie der Geschäftsbericht wurde der Bericht über die Teuerungsabgabe von 9.5 pro Stunde für dieses Jahr, die auf dem Wege der Verhandlung mit dem Westdeutschen Malermeisterverband vereinbart wurden, entgegenommen. Die Kollegen stellten sich in der Mehrheit auf den Standpunkt, daß bei der heutigen teuren Zeit für Cöln ein Stundenlohn einschließlich Teuerungsabgabe von 82 Pf. ungereicht ist und verwiesen auf die Löhne anderer Handwerker, die unter 1.1 Stundenlohn nicht entlohnt werden. Es wurde deshalb der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Cölnner Malermeister möchten bei der endgültigen Beschlusssatzung über die Teuerungsabgabe dies berücksichtigen, da sonst die Wanderung der Gehilfen in die Industrie noch zahlreicher als bisher werde und der Gehilfemangel sich noch fühlbarer zeige. Weiter wurde klage darüber geführt, daß die Anstreicher nicht der Liste der Schwerarbeiter eingesetzt seien. Die heutige Arbeitsweise erfordere eine solche körperliche Anstrengung, daß bei der jetzigen Ernährung diese Leistungen auf die Dauer nicht zu erfüllen seien. Auch wurde auf das Gesundheitsschädliche gewisser Erbstoffe verwiesen, was eine rechtliche Masse allein rechtfertige. Beslossen wurde, eine Eingabe an die zuständige Stelle zu richten, worin ersucht wird, die Anstreicher in die Liste der Schwerarbeiter aufzunehmen.

**Frankfurt a. M. (Fahrerbericht.)** Wiederum kommt in unserm Jahresbericht die Einwirkung des Krieges auf die Filiale in deutlichem Maße zum Ausdruck. Die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage wird natürlich durch die lange Dauer des Krieges immer ungünstiger; denn schwer drücken die hohen Preise der Lebensmittel und Bedarfsgüter auf die Lebenshaltung unserer Berufskollegen ein, und der Kampf ums Dasein wird immer schwieriger. Auch in der beruflichen Lage zeigt sich daselbst ungünstige Bild. Die hohen Materialpreise und der Mangel an geeignetem Material machen die Ausführung von Arbeiten immer schwieriger. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit im allgemeinen gering war, so lag dies daran, daß sich viele Berufskollegen einer andern Beschäftigung zuwandten, hauptsächlich der Kriegsindustrie, wo sie insbesondere auch einen höheren Verdienst erzielten.

Auf unserm Arbeitsnachweis hielten sich die Arbeitsangebote und die offenen Stellen so ähnlich die Wage. Es wurde 222 offene Stellen gemeldet, während 207 Arbeitsgesuche eingingen. Arbeitslosenunterstützung war nur in 18 Fällen auszuzahlen, und zwar für 150 Tage. Außerdem wurden noch in 90 Fällen zusammen 828 arbeitslosen Märschen verabreicht. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 169 arbeitslose Kollegen ermittelt.

Das Organisationsleben bewegte sich in recht bedeckten Grenzen; die Versammlungen mussten natürlich auf die Verhältnisse auf das äußerste eingehen, um nicht unter den verschiedenartigen Arbeitsverhältnissen, mit denen die Kollegen in anderen Berufen zu rechnen hatten, insbesondere der schichtweisen Arbeit in der Kriegsindustrie, war der Besuch der Versammlungen stark beeinträchtigt. Die Jahresversammlung fand daher an einem Sonntag statt und wies gegenüber den früheren Versammlungen einen etwas besseren Besuch auf. Insgesamt fanden 7 Versammlungen und 18 Sitzungen im Laufe des Jahres statt.

Die hauptächteste Aufmerksamkeit ruhte auf die Erhaltung der Zahlstellen gelegt werden. Durch die fortwährenden Einberufungen entstand manchmal eine Lücke; diese wurde zu ergänzen und für regelmäßige Einsatzziffer der Beiträge Sorge zu tragen, machte das öfters Aufsuchen von Zahlstellen notwendig. In den meisten Fällen ist es gelungen, immer wieder Erstak für die einberufenen Vertrauensleute zu schaffen. Vielfach haben sie auch die Frauen der einberufenen Kollegen in doppelter Weise dazu bereit erklärt, die Einsatzziffer der Beiträge zu übernehmen. Den Bestand von 57 Zahlstellen am Jahresanfang konnten wir auch noch am Schlusse des Jahres bezeichnen; denn Ab- und Zugang glichen sich aus.

Die am 1. März in Kraft getretene Teuerungsabgabe führte sich im allgemeinen glatt durch. Die Unternehmer, mit denen wir im Sondervertragverhältnis stehen, wurden durch ein Rundschreiben aufgefordert, die Teuerungsabgabe ebenfalls zur Auszahlung zu bringen. Bei gewissen über Nichtzahlung kamen nur ganz vereinzelt vor, auch in den Betrieben, wo unsere Kollegen als Ladien beschäftigt sind, waren diese bestrebt, eine Teuerungsabgabe zu erringen. Mehrfach ist ihnen dies auch in günstigerem Maße gelungen, als dies durch die allgemeine Teuerungsabgabe für das Maler- und Weißbindergewerbe der Fall war. Insbesondere waren die Kollegen der Adlerwerke bemüht, im Anschluß an die allgemeine Teuerungsabgabe eine solche für ihren Betrieb durchzuführen, mit dem Erfolg, daß ihnen eine durchschnittliche Zulage von 4.20 pf. Woche gewährt wurde.

Über die Täglichkeit der Kriegsarbeitergemeinschaften im Jahre 1916 ist nicht viel zu berichten. Sie beschränkte sich hier lediglich darauf, bei den freihändigen Vergabeung der Arbeiten durch die Stadt zwecks gleichmässiger Verteilung der Arbeiten, geeignete Unternehmer für die Ausführung der Arbeiten in Vororten zu bringen.

Die Täglichkeit auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten-Hilfe bewegte sich auf der Grundlage der gemeinsam anerkannten Richtlinien. In einer gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgebern wurde vereinbart, sich dem Ortsausschuß für Kriegsbeschädigten fürsorge zur Veräußerung zur Verfügung zu stellen. Ferner erklärten sich die Arbeitgeber bereit, soweit möglich für die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten unseres Bereiches Sorge zu tragen. Soweit sich die Kriegsbeschädigten Kollegen auf unserm Bureau meldeten, wurde ihnen Rat und Hilfe zur Seite gestanden. Vielfach unterlassen es jedoch die Kriegsbeschädigten Kollegen, sich bei der Organisation zu melden.

Zum Heresiendienst wurden weitere 138 Mitglieder eingezogen; insgesamt seit Kriegsbeginn 139. Zurückgemeldet haben sich 119 Kollegen, so daß am Jahresende 1478 Mitglieder der Filiale beim Militär waren, abgänglich der bereits Gefallenen. Im Jahre 1916 sind weiter

Collegen gefallen, so daß insgesamt bereits 123 Kriegsopfer der Filiale zu verzeichnen sind.

Die Mitgliederzahl ging infolge der andauernden Einberufungen weiter zurück und betrug am Jahresende 811 Mitglieder gegen 418 zu Beginn des Jahres. Im Jahresdurchschnitt haben 370 Mitglieder volle 52 Ruhendebeiträge entrichtet.

Die finanziellen Verhältnisse gestalteten sich entsprechend der Mitgliederbewegung. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf M 31 066,23 und die Ausgaben auf M 21 699,29, so daß ein Kassenbestand von M 0366,94 verblieb. Von den Ausgaben seien erwähnt die Krankenunterstützung mit M 1262,10, das Sterbegeld mit M 1205, die Arbeitslosenunterstützung mit M 141 und die Unterstützung an die Frauen der einberufenen Mitglieder mit M 3798. An die Hauptfasse wurden M 6000 geliefert.

Das ausgedehnte Filialgefecht mit den sehr zerstreut vorhandenen Mitgliedern verzerrte einen recht regen kirchlichen Verkehr, um die Führung mit den Mitgliedern aufrechtzuerhalten und die geschäftlichen Angelegenheiten zu erledigen. Es gingen insgesamt 5888 Postsendungen aus und 1684 Sendungen ein. Die Zusendung des "Vereins-Anzeigers" an die beim Militär befindlichen Kollegen erfolgt alle drei Wochen, soweit ihre Adressen zur Verfügung stehen. Insgesamt gingen 6018 Sendungen des "Vereins-Anzeigers" ins Feld. Die Quartalsrechnungen und die sonstigen Blugblätter des Verbandes wurden diesen Sendungen meistens beigelegt. Auch sonst wurde mit den Kollegen im Heeresdienst ein recht lebhafter schriftlicher Verkehr gepflogen.

Indem wir zurz die wichtigsten Vorlourunissen in der Filiale schließen, schließen wir unsern Bericht, mit der erneuten Hoffnung, daß endlich der Friede, der so sehnlichst von allen Kollegen erwartet wird, seinen Eingang halten möge. Ganz besonders möchten wir aber noch die Bitte aussprechen, daß sich alle Mitglieder, die vom Heeresdienst entlassen, entlassiert oder verurlaubt werden, sofort bei der Filialverwaltung melden und ihre Kriegsbeschafft wiedergesetzten fortsetzen. Kommt dann endlich der Zeitpunkt, wo alle einberufenen Kollegen den Waffenrock ablegen können, so gilt es, alle Kraft der Organisation zusammenzufassen, um in einer entschlossener Front unsere weiteren Aufgaben, die in hohem Maße an uns herantreten werden, zu erledigen!

**Görlitz.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1916 hat wieder den heisersehnten Frieden noch nicht gebracht. Unser Kollegewerbe ist bald ganz stillgelegt, was sich aus den norm gestiegenen Materialpreisen ergibt. Über das Kriegsverhältnis ist keine Lage vorgekommen. Die vereinarteten Teuerungszulagen haben zu keiner Differenz geführt, obgleich sie den Teuerungsverhältnissen, die hier bestehen, in keiner Weise entsprechen.

Die Verwaltungstätigkeit konnte nur darauf gerichtet werden, unsere Filiale in der schwächeren Zeit zu erhalten. Der Vorstand mußte wegen der vielen Einberufungen gänzlich neu besetzt werden. Unsere Mitgliederzahl ist dadurch sehr geschränkt worden. Seit Beginn des Krieges sind 112 Kollegen zum Heeresdienst einberufen worden, das sind 84 p. St. unserer Mitglieder seit Ausbruch des Krieges. Neuaufräumen wurden im verlorenen Jahre 9 erzielt. Versammlungen wurden im verlorenen Jahre 9 abgehalten. In einer war unser Hauptvorstand, der Kollege Streit, anwesend. Der Versammlungsbefehl war unter Berücksichtigung der schweren Zeit ein beständiger zu nennen. Das Eintässieren der Beiträge wird seit Anfang des Krieges von zwei Frauen in bester Ordnung erledigt, was die größte Anerkennung verdient. Unterstützungen wurden ausbezahlt an Arbeitslose M 17, an Kranken M 287,26, Sterbegeld M 210, Weihnachtsunterstützung an die Frauen der im Felde stehenden Kollegen M 285.

In der hiesigen Waggonfabrik wurde die Kriegszulage eine Teuerungszulage umgewandelt, und zwar zunächst auf 4 % die Stunde, welche später auf 5 % erhöht wurde. Im Januar dieses Jahres wurden von den Holzarbeitern Aborderungen eingereicht, die nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß für die gesamte Arbeiterschaft die Teuerungszulage auf 7 % die Stunde, für die Woche M 3,85, erhöhte; außerdem wurden der Stundenlohn (Grundlohn) um 5 % und fast sämtliche Akkorde durchschnittlich bis zu 10 p. St. aufgestockt. Die Verbindung mit uns im Felde stehenden Kollegen wurde im Laufe des Jahres aufgenommen durch Zusendung unseres "Vereins-Anzeiger" alle 14 Tage. Zahlreiche Feldpostbriefe und -karten sind uns ein Beweis, daß der Gedanke an ihre honigstumprobte Organisation ein guter ist. Leider fehlten manche Kollegen der Filiale viele Mühe ersparen, denn sie die Adressenänderungen pünktlicher melben würden.

Im verlorenen Jahre haben wieder zwei Kollegen ihr Leben fürs Vaterland opfern müssen. Seit Beginn des Krieges sind es nun fünf geworden. Ebenfalls befinden sich fünf in Gefangenschaft und einer wird vermisst.

Hoffentlich führt uns dieses Jahr in den Genuss des Friedens zurück, so daß wir unsere Bestrebungen nach eisernen Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder mit neuem Mut und voller Kraft aufnehmen können.

R. D.

## Aus unserem Beruf.

### Weitere Beschlüsse zur diesjährigen Teuerungszulage.

Zu den im letzten "Vereins-Anzeiger" mitgeteilten Beschlüssen über eine neue Teuerungszulage ist nachzutragen, daß auf dem am 22. April in Mainz stattgefundenen Bauverbandsstage Südwestdeutschlands des Arbeitgeberverbandes nach einem Referat des Herrn Kruse eine weitere Lohnerschöpfung um 10 % (also einschließlich der vorjährigen Zulage insgesamt 15 beziehungsweise 16 %) vorbereitet wurde.

Auch in Stuttgart sind von der Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes weitere 10 % Teuerungszulage für dieses Jahr festgesetzt worden, während im übrigen Bereiche des Bauverbands Bayern und Würtemberg des Arbeitgeber-

verbandes von dem Hauptrichtenden gegen eine Teuerungszulage gearbeitet wird.

In Ost- und Westpreußen sind zunächst allgemein 5 % weitere Teuerungszulage beschlossen worden.

Am weitesten zurück steht bisher noch der Bauverband Mitteldeutschland (Hessen-Großherzogtum Sachsen, Thüringen und Schlesien), wo nur in Dresden 10 % erneute Teuerungszulage beschlossen wurde. Einige im letzten "Vereins-Anzeiger" genannte Orte zeigten vorläufig nur 5 % fest, während mehrere Großstädte, darunter Leipzig, der Sitz des Gauvorstandes, noch keine Stellung genommen hat.

Wir möchten nicht versöhnen darauf hinzuweisen, daß eine Zulage, die nicht an die doppelte Höhe der im Vorjahr gewährten heranreicht, den gegebenen Verhältnissen dieses Jahres nicht entspricht und darum von uns nicht akzeptiert werden kann.

## Baugewerbliches.

Über die Förderung der Bautätigkeit durch die Heeresverwaltung wird uns geschrieben: Trotz der heißen Kämpfe jetzt müssen doch, wie allgemein anerkannt, schon immer gewisse Vorbereitungen für die mit Eintritt des Friedens dringlichsten Aufgaben getroffen werden. Nach fast allgemeiner Überzeugung besteht für die Zeit nach Friedensschluß, wenigstens an zahlreichen Orten, die Gefahr einer großen Wohnungsnott und starken Mietsteuerung, und zu ihrer Bekämpfung wird dann eine alsbaldige umfassende Bautätigkeit, namentlich was die Kleinwohnungen anlangt, notwendig sein. Eins der wichtigsten Hindernisse aber, die einer solchen Bautätigkeit entgegenstehen, ist der durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Mangel an Baumaterial sowie auch der hohe Preis desselben. Da darf nun darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Heeresverwaltung und wohl auch die Marineverwaltung in der Lage wären, hier wesentlich helfend einzutreten.

Sie verfügen über sehr viel Baumaterial, das für die Wohnungsbautätigkeit sehr geeignet wäre, und das sie zum Teil schon sehr, namentlich aber in Zukunft, nach Friedensschluß, nicht mehr brauchen. In den ausgebauten Schlachtröben und Unterständen und ähnlichen militärischen Bauten befinden sich Holz, Eisen, Bausteine usw. in großer Menge; ferner enthalten aber auch die militärischen Barackenlager, die früher oder später zum Abriss kommen werden, namentlich die für die Gefangenen, große Mengen von Baumaterial. Diese Materialmassen sollte die Heeresverwaltung, soweit möglich, schon jetzt, sonst aber wenigstens gleich nach Friedensschluß der Bautätigkeit, namentlich der zur Errichtung von Kleinwohnungen, zur Verfügung stellen, und zwar zu billigen Preisen, möglicherweise auch umsonst, um der aus mannsachen Gründen zu erwarten starken Versteuerung des Bauens entgegenzuwirken. Das wäre eine sehr wirksame Bekämpfung von Wohnungsnott und Wohnungsteuerung. Vollständig unerlässlich hierbei wäre aber, den richtigen Weg für dieses Vorgehen zu finden.

Es müßte sorgfältig dafür Vorsorge getroffen werden, daß dieses militärische Material denen zugutekommt, die es direkt zur Bedarfserfüllung verwenden, und zwar nach aller Möglichkeit denselben Stellen, die den dringendsten Bedarf haben. Ferner müßte unbedingt Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Endpreise, zu denen der Bevölkerung dieses militärische Material zugeführt wird, den von der Heeresverwaltung zu stellenden billigen Bedingungen entsprechen, und daß nicht etwa von den Zwischenstellen ein ungebührlicher Aufschlag genommen wird. Es leuchtet ein, daß hierauf wohl vor allem die Gemeinden, die Gemeindeverbände und die gemeinnützige Bautätigkeit die geeigneten Stellen zur Übernahme und Bewertung des Materials sein würden. Am besten würde eine planmäßige Regelung der ganzen wichtigen Frage zwischen der Heeresverwaltung einerseits und dem Reichsamt des Innern oder auch den einzelnen Bundesstaaten anderseits stattfinden. Sedenfalls aber sollten sich die einzelnen Kommunalverwaltungen und ihre Verbände, die gemeinnützigen Bauunternehmungen und die Vertreter der Wohnungsreform jetzt schon ohne Verzug um diese ganze Angelegenheit kümmern.

## Gewerkschaftliches.

**Teuerungszulage im Baugewerbe.** Die Verhandlung im Reichsamt des Innern über die neue Teuerungszulage im Baugewerbe hat zu einer Verständigung geführt. Vom 27. April ab soll für die weitere Dauer des Tarifvertrages eine Zulage von 15 % die Stunde allgemein erfolgen. Eine Staffelung der Höhe nach Ortsgrößenklassen oder eine Verteilung der Zulage auf verschiedene Zeitschnitte findet nicht statt. Einige vorher örtlich vereinbarte Teuerungszulagen werden bis zu 15 % angerechnet; soweit sie über 15 % hinausgehen, bleiben sie bestehen. Für die Gültigkeit dieser Vereinbarung soll als Voraussetzung dienen, daß die Arbeitgeber den Mehraufwand für diese Zulage von den bauauftraggebenden Behörden und Verwaltungen eracht bekommen, auch in denjenigen Fällen, wo die Bauverträge bereits geschlossen sind.

**Der Verband der Schneider** zählte am Schlusse des Vorjahrs 21 298 Mitglieder; davon 13 826 männliche und 7972 weibliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Berichtsjahr um 554 gestiegen, während die der männlichen um 3080 zurückgegangen ist. Die Beiträge sind in den beiden Jahren 1915 und 1916 im Verhältnis zu der geringen Mitgliederzahl ebensoviel eingegangen wie in den früheren Jahren. Die Einnahmen der Hauptfasse betrugen insgesamt M 458 224, die Ausgaben dagegen M 549 186, der Kassenbestand M 971 511. Die als Familienunterstützung an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder aus der Hauptfasse gezahlte Summe betrug M 167 098; die Krankenunterstützung belief sich auf M 77 946. Die Gesamtausgabe an Familienunterstützung vom 4. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 beträgt M 601 829, ein Arbeitslosenunterstützung M 120 833 und an Unterstützungen aller Art während dieses Zeitraums M 364 976.

Die Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden wegen Teuerungszulagen hatten keinen Erfolg, was zur Folge hat: daß ein außerordentlicher Verbandstag einbe-

rufen wurde, der die Kündigung aller laufenden Tarifverträge beschloß. Ueber die im Februar dieses Jahres geführten Tarifverhandlungen ist bereits berichtet, daß in der Herrenkonfektion eine Zulage von 8% p. St. und in allen Branchen der Wäscherei eine solche von 2% p. St. erreicht wurde. Im allgemeinen war die Geschäftslage in allen Branchen der Schneider, Konfektion und Wäscherei durch die Streikverordnung und die Bezugsscheinregelung infolge des Mangels an Rohstoffen ungünstig beeinflußt. Bei Bezahlung von Bezugsscheinrechnungen war der Verband nichts bestrebt, wo dies irgend möglich, Verbesserungen für seine Mitglieder zu erreichen; auch gelang es ihm, durch die an einzelnen Orten errichteten Schlichtungskommissionen, namentlich in Berlin, besonders für die Arbeiterinnen, Hunderttausende von Mark an Lohn zu retten, die ihnen sonst durch das Zwischenmeisterthum verloren gegangen wären. Diese Tätigkeit des Verbandes allein hätte bewirkt müssen, daß sich die Beteiligten in viel größerer Zahl für den Beitritt zur Organisation einlässt, dann hätte für ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Organisation noch mehr erreicht werden können.

**Einigkeit führt zum Sieg.** In Frankfurt a. M. hatten die Dachdeckermeister den Gehilfen die tägliche Teuerungszulage von 50 % fürgerhand abgezogen. Einmütig stellten darauf sämtliche Gehilfen die Arbeit ein, und es waren schon Verteilungen getroffen, daß sie anderweitig Arbeit annehmen, wenn ihnen nun pro Tag nicht M 1 Teuerungszulage vergütet würde. Nach drei Tagen erhielten die ausgeständigen Dachdecker ein Schreiben von ihren Meistern, daß ihnen vom Tage der Arbeitsaufnahme ab die tägliche Zulage von M 1 bewilligt werde. Einstimmig beschlossen darauf die Gehilfen, die Arbeit am folgenden Tage wieder aufzunehmen.

**Vorstand und Verbandsausschuss des Gemeindearbeiterverbandes** haben einstimmig beschlossen, den in diesem Jahre fälligen Verbandstag während des Krieges nicht abzuholen, sondern bis auf weiteres zu vertagen.

## Sozialpolitisches.

**Für den Frieden.** Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben fürzlich mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses sowie der Landeskommission für Preußen in gemeinsamer Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

"Wir bestätigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterschaft, das Deutsche Reich aus diesem Kriege als ein freies Staatswesen hervorzutragen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerschaft in Reich, Staat und Gemeinde sowie die Beseitigung jeder Art bureaukratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluss der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zunahme, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatsinstitutions zu bringen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongressbeschluß des russischen Arbeiters- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexions und Kriegsschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Nachtruhe eines gerechten Gewinns zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Grobierungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herzuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand der friedlichen Welt sichern zu helfen."

**Der Sprachenparagraph** bestätigt. Dem Beschluß des Reichstages, den § 12 des Reichsvereinsgesetzes, den sogenannten Sprachenparagraphen, aufzuheben, ist jetzt der Bundestag beigetreten. Dieser Paragraph, der im ersten Absatz lautet: "Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen", war ein Ausnahmegesetz gegen die Völker und gegen die Gewerkschaften, die er in der Ausübung des Versammlungsrechtes behinderte und es unmöglich machte, fremde Arbeiter in ihrer Muttersprache über Wesen und Ziele der Gewerkschaften zu unterrichten. Hoffentlich folgen diesem ersten Schritte zur Beseitigung all der vielen Hindernisse auf dem Wege zu einem wirklich freiheitlichen Deutschland bald die weiteren.

## Vom Ausland.

**Ein amerikanisches Arbeitersblatt** über die Kriegsziele der Entente. Unter dem Titel: "Was für kämpfen wir?" beschreibt "Milwaukee Leader" die Erklärung Woodrow Georges über Niederwerfung des preußischen Militarismus und fügt unter anderem hierzu aus: "Nun haben wahrhaftig die Sozialisten am wenigsten Auffassung für die preußische Militärfeste, die auch von der deutschen Sozialdemokratie von Anbeginn ihres Bestehens ab bekämpft worden ist. Aber aus dem Mund eines britischen Premierministers zeugt erklärter Haß gegen die preußische Militärfeste nur von der annenhafte Heuchelei und dem "cant" der englischen Regierung. Wie steht es denn mit der britischen Militärfeste? In den letzten 100 Jahren hat Großbritannien jedoch sieben Kriege geführt wie Preußen.

Der britische Militärismus auf dem Wasser hat den Weltkrieg in den letzten 100 Jahren mehr bedroht als der britische auf dem Lande. Heerhaupt: waren denn nur von so unglichen Militärmenschen sprachen? Mit der französischen Armee? War nicht Frankreich das erste Land mit einem armen und lebenden Heer? Und hat es das nicht jetzt? Das haben manches ausgebaut, um an der Spitze zu stehen? Und der italienische Militärmenschen? Mit der armen, mächtigen und gefährlichen von allen? Aber Herr Lloyd George will eben mit Frankreich, Russland und Italien oder auch anderen Monarchien Deutschland niederkämpfen. Das ist es, dass England nicht den preußischen Militärmenschen schätzt. Und das weiß Lloyd George. Auch das weiß Lloyd George.

Wenn Deutschland morgen zur sozialdemokratischen Republik erholt würde, würden England, Russland und Frankreich Deutschland noch einmal so heftig bekämpfen als heute. Und Lloyd George würde sodann genau wie seine radikalen Kämpfer vor und Burke handeln, die seinerzeit die französischen Revolutionäre bekämpften. Eine sozialdemokratische deutsche Republik würde sofort als eine Bedrohung der Zivilisation, der Religion und — vor allem jedes Dollars der angelegten Kapitalien betrachtet werden.

Lloyd George weiß so genau wie jeder andere, was nun England nicht aufzählen will zu kämpfen, bis Deutschland niedergemessen und die Verbündeten erschöpft sind. Der wahre Grund ist nur: England und Konkurrenz im Weltmarkt. England will den Konkurrenten aus dem Felde schlagen.

Der preußische Militärismus war ja nach vor 80 Jahren viel härter als heute. England dachte nicht daran, ihn zu bestimmen. Am Gegenteil. England war früher der beste Freund, den die preußische Militärföste hatte. Die Freundschaft zwischen "den beiden protestantischen Geschwistern" war traditionell. Sie wurde auf den Schlachtfeldern von Waterloo besiegt, als Blücher den Herzog von Wellington rettete. Erst seit Deutschland ein sozialer Konkurrent für den englischen Handel geworden war, hat England plötzlich erkannt, dass der preußische Militärismus antideutsch und eine Bedrohung des europäischen Friedens sei. Russland kämpft für die Vorherrschaft der russischen Klasse. Frankreich als "Märkte" und zur Wiedergewinnung von Provinzen, die es vor 44 Jahren verlor. Italien, Serbien, Rumänien kämpfen um territorialen Gewinn. Portugal, die Genesegnerey, die Kaffern und Hindus, weil England dazu zwingt. England selbst aber für keinen Profit, für seinen Handel und für sein Geld."

## Fachtechnisches.

**Arte für Kriegsbeschädigte in der Provinz Hannover.**  
Aus dem Herrenberhande entlassene Kriegsbeschädigte Männer, die für den Hilfsdienst nicht in Frage kommen und nun die Absicht haben, die Meisterprüfung abzulegen, finden in den Meisterkursen der Provinz Hannover Gelegenheit zur Fortbildung. Der Lehrstoff umschließt alle einschlägigen Arbeiten, praktisches Arbeiten, Fach- und Verarbeitungen, Rechnen und Kalkulation, schriftliche Arbeiten, Nachführung, Gesetzeskunde und Volkswirtschaftslehre, Kenntnisse des Betriebes. Geplant sind Teilkurse von zwei und vier Wochen, und zwar vom 7. Januar bis 2. Februar 1918 und vom 7. Januar bis 3. März 1918. Aufnahme finden Gesellen oder Meister, die nicht unter 24 und nicht über 45 Jahre alt sind. Die Teilnehmerzahl ist befristet. Das Unterrichtsgeld beträgt für die Vollstunde 40 Pf. für die Teilstunde 4 Pf. Den Teilnehmern, die aus eigenen Mitteln die Kosten nicht bestreiten können, können Stipendien bis höchstens 180 für acht Wochen gewährt werden. Die Materialien werden geliefert. Im Bedürfnisfall werden außerdem Zuflüsse gewährt auf Grund der Bestimmungen über die Kosten der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Hannover. Anmeldungen sind rechtzeitig unter Beifügung eines ausgefüllten Fragebogens an die Leitung der Meisterkurse, Hannover, Neuer Weg 3 a, zu richten.

**Auf Frage des Terpentinersatzes.** In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Lackfabrikanten am 26. Februar dieses Jahres wurde, wie kürzlich die "Farben-Zeitung" berichtete, über die Frage der Verteilung von Terpentinersatz folgendes ausgeführt:

Bei Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg machte sich eine große Knappheit in Benzinkraftstoffen. Es bestand keine Möglichkeit, irgendwoher Terpentinersatz zu erhalten. Schließlich gelang es den Vertretern des Vorsitzenden, einer Hinweis auf die ungünstige Lage der Lackindustrie, 1000 Tonnen Petroleum freizugeben, aus denen 1500 Tonnen Terpentinersatz gewonnen werden konnten. Die Verteilung bot große Schwierigkeiten, da anfangs keine Kesselfahrzeuge vorhanden waren; als schließlich solche beschafft waren, konnten diese durch die Verkehrsperre nicht an den Bestimmungsort gelangen. Jetzt, nach zwei Monaten, ist das Ziel endlich erreicht, und den Lackfabrikanten wird nunmehr die zweite Ration zugewiesen.

Angreicher haben sich die Verhältnisse noch weiter verschärft, indem sie die Kriegsabrechnungsstellen von unzähligen kleinen und kleinsten Interessenten mit Bitten um Terpentinersatz bestürmt werden. Es sollte an einzelne Motor-, Maschinenfabriken und andere kleine Verbraucher geliefert werden. Deshalb wurde verucht, nochmals ein Quantum Rohöl freizugeben, doch war dieser Wunsch bis jetzt noch nicht zu erfüllen. Nunmehr sind in absehbarer Zeit neue Anstrengungen zu erwarten und wird dann eine Beherrschung eintreten. Der Verband wird dafür sorgen, dass der Bedarf der Lackfabrikanten in einer Linie mit beachtet wird.

Angreicher wurde durch die Verordnung vom 20. Februar dem Kriegsausschuss für Oele und Fette ein Monopol für Terpentinersatz und Kerosin erteilt, das auf Verordnung des Reichsministers auch auf Terpentinersatz ausgedehnt werden kann. Dieses Monopol war dringend notwendig. Es ergibt sich für denjenigen dasselbe Bild wie für so

vielen anderen Fabrikate: die Preise wurden ins Unerdliche getrieben! Wurden doch zum Beispiel für schwedisches Terpentinersatz 630 für 100 kg gehoben und bezahlt. Es ist nicht angängig, dass die Industrie durch die Spekulation derartig geschwächt wird. Derschöpft ist das Vorhaben der Regierung durchaus zu billigen. Der Kriegsausschuss wird bald in der Lage sein, schwedisches Terpentinersatz und Kerosin zu liefern. Angreicher hat sich auch im Osten eine starke Kerosinindustrie entwickelt. Es sind Fabriken eingerichtet worden, die ein sehr gutes Produkt herausschaffen, was jedenfalls besser als bisher ist und dem amerikanischen Terpentinersatz fast gleichkommt. Es ist zu hoffen, dass bald größere Quantitäten dieses Teles auf den Markt kommen werden.

Auf eine Anfrage wird erwidert, dass Benzol noch immer beschlagnahmt sei und nur für Heereslieferungen freigegeben würde. Dies werde sich aber bald zugunsten der Lackindustrie ändern. Auch würden in den Sommermonaten größere Mengen von Solsentnaphtha für die Lackindustrie zur Verfügung sein.

**Patentschau.** Vom Patentbüro O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billig. Auskünfte frei. Ange meldete Patente: Nr. 75 b. 12. W. 47 282. Wolters' Fisches, Steen nom collectif, Brüssel; Verfahren zur Herstellung von Anfuslierungen. 13/12. 15.

Erfielte Patente: Nr. 75 c. 10. 297 601. Werner Wollweide, Bodmann a. Bodensee, Post Ludwigshafen, Paderborn. Verfahren zur Zubereitung von mit einer Gewebeauflage versehenem Papier als Malgrund. 4/7. 16.

Gebrauchsmuster: Nr. 75 c. 660 171. G. Stolle, Kiel; Vorrichtung zum Herstellen von metallischen Leberzügen mit parförmigen Trümmern und verdampften Metallen. 20. 10. 19. — Nr. 75 d. 660 839. Dagmar Fischer, geb. Perlitz, Berlin; Flächenschmuck aus farbigen Scherenschnitten mit Malereitrick für Wandbilder, Tafletten usw. 17. 2. 17.

## Literarisches.

**Die Glocke.** Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barnus Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin SW 68. Das eben erschienene Heft 4 enthält unter andern folgende Artikel: Konrad Hoennisch: In ernster Stunde. Dr. Paul Lenz, M. d. R.: Der Parteiausschuss. Wilhelm Jansson: Die russische Revolution und der Friede. Wilhelm Körb: Die Kernfrage und der Weg zu ihrer Lösung. Manfred: Von der Utopie zur Wissenschaft. Glossen. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

**Taschen-Atlas aller Kriegsschauplätze im Westen, Osten, Balkan, Italien, Orient.** enthaltend 24 Übersichts- und Sonderkarten. Magdeburg März 1917. 20. Auflage. Taschenformat. Verlag L. Schmied & Comp., Berlin C 14, Dresdener Straße 80. Preis für alle 21 Karten, zu einem Atlas vereinigt, bei Einzelbestellungen 25 Pf., bei Sammelbestellungen von 10 Stück an 15 Pf.

Der in jede Tasche passende empfehlenswerte Atlas weist 24 farb und deutlich gezeichnete Karten auf. Der Preis ist außerst billig gestellt.

**Technik für Alle.** Technische Monatshefte für Bau- und Maschinenbau, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. 7. Jahrgang (1916/17), Heft 11 und 12 (Schluss des Jahrgangs). Preis vierjährlich M. 145. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, französische Verlagsabteilung.) Mit den vorliegenden Heften beendet diese gebiegene, empfehlenswerte, billige Monatsschrift ihren 7. Jahrgang. Für jeden, der an der Weiterentwicklung auf dem großen Gebiete der Technik Anteil nimmt, ist diese gemeindeständlich gehaltene "Technik für Alle", die in Wort und Bild aufs Beste ausgestattet ist, ein vorzüllicher Begleiter. Probehefte sind durch jede Buchhandlung oder vom Verlag zu erhalten.

## Sterbtafel.

**Darmstadt.** Am 25. April starb im Alter von 37 Jahren der Kollege Josef Kreher aus Dieburg.  
*Chre seinem Andenken!*

## Vereinstell.

**Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. April.**  
Eingeschaut haben: Hildesheim M. 80. Hamm 13, Kolberg 15, Hirschberg 30, Mannheim 800, Schweinfurt 39/20, Düren 100, Rostock 96,62, Köln 300, Königsberg 100.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Büro-Nr.	Bezahlt bis zur	Ort
Karl Hesselbach	48854	48. Woche 1916	München
Karl Brauer	49309	51.	Halle a. d. S.
Magnus Engel	147122	2.	Stralsund
Anton Ballhorn	38148	4.	Hamburg
Konrad Gruegger	45908	46.	Stuttgart
Ludwig Kroth	18441	25.	Frankfurt a. M.
Andreas Demold	42605	50.	Stuttgart
Wilhelm Deichert	48619	52.	Braunschweig
Edmund Crispin	32926	52.	Königsberg
Wex Krause	147928	7.	1917
Edmund Bambach	47542	52.	Frankfurt a. M.
Ernst Winkler	35704	52.	Heidelberg
Reinh. Küttig	35784	15.	Wilhelmshaven

**Die Woche vom 6. bis 12. Mai ist die 19. Beitragswoche.**  
H. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 18 des "Correspondenzblattes" bei.



## Gedenktafel für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

Nab, Johannes, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 3. 12. 81 zu Michelbach, seit 5. 4. 14 im Verband.
Asch, Max, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 28. 6. 88 zu Breslau, seit 24. 5. 05 im Verband.
Wark, Helmut, Mitglied der Filiale Lubbecke, geb. 10. 9. 86 zu Lübeck, seit 8. 4. 16 im Verband.
Beckmann, Karl, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 21. 2. 76 zu Schwerin, seit 27. 1. 1900 im Verband.
Wenzel, Alexander, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 2. 89 zu Dresden, seit 17. 9. 06 im Verband.
Dehmer, Philipp, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 1. 3. 90 zu Oberstadt, seit 9. 5. 09 im Verband.
Delling, Bernhard, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 17. 11. 71 zu Mittweida, seit 20. 5. 06 im Verband.
Drochowitsch, E. Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 16. 12. 74 zu Unter-Schorbaude, seit 18. 3. 11 im Verband.
Gäbel, Friedrich, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 15. 12. 88 zu Forst, seit 26. 10. 12 im Verband.
Greif, Justus, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 7. 5. 91 zu Oderhausen, seit 18. 10. 13 im Verband.
Greif, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 7. 5. 91 zu Oderhausen, seit 18. 10. 13 im Verband.
Gräling, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 3. 9. 77 zu Welterhausen, seit 16. 11. 13 im Verband.
Haas, Johann, Mitglied der Filiale Giessen, geb. geb. 3. 12. 90 zu Oppenrod, seit 17. 4. 10 im Verband.
Harbig, Josef, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 18. 10. 79 zu Bawerwitz, seit 20. 5. 06 im Verband.
Hellwig, Gustav, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 5. 6. 73 zu Görlitz, seit 8. 3. 01 im Verband.
Herbig, Josef, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 2. 4. 84 zu Breslau, seit 20. 5. 06 im Verband.
Hess, Wilhelm, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 16. 4. 85 zu Gräfenhausen, seit 8. 8. 02 im Verband.
Jansen, A., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 26. 7. 88 zu Langenhorn, b. Husum, seit 18. 8. 08 im Verband.
Jansen, Wilhelm, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 28. 8. 94 zu Hannover, seit 28. 11. 11 im Verband.
Janus, Otto, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 28. 1. 92 zu Breslau, seit 21. 4. 10 im Verband.
Jörs, Hugo, Mitglied der Filiale Lübeck, geb. 29. 11. 81 zu Glissow, seit 1. 5. 01 im Verband.
Katz, Fritz, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 8. 1. 76 zu Borselde, seit 9. 5. 01 im Verband.
Kempf, Heinr., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 14. 9. 98 zu Wüdesheim, seit 17. 4. 10 im Verband.
Klinge, Fritz, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 17. 9. 95 zu Mehrda, seit 21. 6. 14 im Verband.
Krepler, H., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 25. 6. 84 zu Bruchsal, seit 9. 10. 10 im Verband.
Kronewald, Andreas, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 25. 6. 79 zu Würzburg, seit 10. 8. 08 im Verband.
Rühn, Karl, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 20. 9. 94 zu Lachow i. S., seit 5. 4. 18 im Verband.
Zomoth, Ad., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 15. 8. 79 zu Niddaheim, seit 81. 8. 10 im Verband.
Zange, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, seit 29. 10. 18 im Verband.
Zengeling, August, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 12. 10. 89 zu Hamm i. W., seit 1. 5. 09 im Verband.
Liebstein, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 7. 12. 96 zu Dresden, seit 81. 8. 14 im Verband.
Meyer, Oswald, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 30. 1. 88 zu Gennsdorf, seit 15. 11. 06 im Verband.
Rehls, Max, Mitglied der Filiale Altenburg, geb. 7. 10. 79 zu Greifswald, seit 5. 12. 08 im Verband.
Reich, Heinrich, Mitglied der Filiale Giessen, geb. 17. 11. 84 zu Weßberg, seit 17. 9. 08 im Verband.
Rognmann, Max, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 24. 9. 89 zu Hamburg, seit 9. 4. 08 im Verband.
Schlecht, Stanislaus, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18. 4. 78 zu Rawitsch, seit 18. 9. 10 im Verband.
Scholz, Oskar, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 31. 12. 77 zu Breslau, seit 11. 3. 05 im Verband.
Schüttig, Karl, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 30. 6. 85 zu Eich i. T., seit 28. 3. 09 im Verband.
Schulte, Heinrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 6. 9. 81 zu Alsfeldenrovald i. Baden, seit 1. 3. 11 im Verband.
Siemer, Heinr., Mitglied der Filiale Bremenhaven, geb. 22. 5. 82 zu Abbedhausen, seit 20. 3. 10 im Verband.
Steiner, August, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 31. 7. 94 zu Kiel, seit 20. 4. 14 im Verband.
Struckmeyer, Ernst, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 2. 3. 89 zu Kiel, seit 3. 5. 08 im Verband.
Thiele, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 26. 10. 70 zu Berlin, seit 22. 6. 05 im Verband.
Thieken, Johann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 30. 4. 80 zu Bockhorst, seit 1. 10. 04 im Verband.
Tiesler, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 30. 10. 95 zu Dresden, seit 14. 4. 14 im Verband.
Weber, Karl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 26. 1. 76 zu Schlieben, seit 5. 7. 1900 im Verband.
Wenkel, Hugo, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 16. 12. 95 zu Segea i. Th., seit 23. 6. 13 im Verband.
Wenz, Konrad, Mitglied der Filiale Marburg, geb. 26. 3. 91 zu Gifelsberg, seit 29. 3. 14 im Verband.
Winkler, Max, Mitglied der Filiale Hamburg, geb.